

hat, dass Kindern mit Zuwanderungsgeschichte der Bildungsaufstieg verwehrt ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der abgewählte Ministerpräsident Rüttgers hat in einem freigegebenen Zitat in einer Zeitung sinngemäß gesagt – dazu habe ich Sie als Minister in einer Fragestunde befragt, und es war Ihnen unangenehm –: Wir können doch die Hauptschule nicht abschaffen. Denn wohin sollen sonst die Kinder mit Migrationshintergrund gehen?

Dieses Denken ist der beste Beleg dafür, dass wir an dem Bildungssystem arbeiten müssen, weil eine solche Haltung dem Anspruch von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte, wobei wir in unserem eigenen Interesse gut beraten sind, zu deren Erfolg beizutragen, bessere Bildungsabschlüsse zu machen, nicht weiterhilft.

(Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir im weiteren Fortgang als Parlament miteinander, aber auch als Regierung Zweierlei tun: dass wir erstens den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gegenüber eine Haltung, eine Kultur der Wertschätzung zum Ausdruck bringen, um ihnen zu zeigen, dass sie dazu gehören – das drückt sich auch in Rechten aus, zum Beispiel im Wahlrecht –, dass wir sie herausfordern und fördern

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und dass wir zum Zweiten – darauf hat Kollege Schneider hingewiesen – daran arbeiten, die vielen guten Beispiele, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, zu systematisieren, ob das die Regionalen Arbeitsstellen sind, ob das die Ansätze von Sprachförderung, von Unterstützung sind.

Ich glaube, es ist der entscheidende Punkt, dass wir ohne Scheuklappen, ohne Tabus systematisch am Bildungsaufstieg arbeiten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Warum wir uns über Herrn Sarrazin ärgern – egal, welche Partei –, ist doch, dass er so tut, als bedürfe es seines Aufschlags und seines Buches, damit wir darüber reden. Das ist doch falsch. Wir ringen hier seit mindestens zehn Jahren darum, wie wir das mit der Integration besser machen können.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Deswegen: Werten wir Herrn Sarrazin doch nicht auf! Sie fragen völlig zu Recht: Warum schreibt er jetzt ein solches Buch? Er hätte doch als Finanzsenator und gestaltender Politiker etwas machen können. Dass sich die SPD darüber beklagt, finde ich nachvollziehbar. Deswegen: Legen wir Herrn Sarrazin beiseite, und arbeiten wir gemeinsam an Lösungen für die Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die erste **Aktuelle Stunde schließe**.

Somit kommen wir zur zweiten Aktuellen Stunde:

2 **Geheimvertrag der Bundeskanzlerin mit der Atomwirtschaft gefährdet Sicherheit und ruiniert Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke**

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/169

In Verbindung mit:

Geheimer Atomdeal der Bundesregierung zu- lasten Dritter

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/170

Und:

Atomkraft abschaffen: Laufzeitverlängerung verhindern – Keine Milliardengeschenke an Atomkonzerne

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/129

Sowie:

Atomkurs der Bundesregierung stoppen – am Atomausstieg festhalten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/142

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/193

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dem erwähnten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Auch die Fraktion Die Linke hat mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zum genannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

In Verbindung damit werden zwei Anträge, einer der Fraktion Die Linke und einer der Fraktionen von SPD und Grünen, sowie ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP beraten.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktionen dem Abgeordneten Eiskirch von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Eiskirch (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor einigen Monaten habe ich mich – damals noch aus der Opposition heraus – hier zu den Steuergeschenken von Schwarz-Gelb an Hoteliers geäußert. Heute muss ich mich hier als wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion erneut zu einem Thema äußern, das die Menschen in ganz Deutschland erzürnt: Schwarz-Gelb in Berlin will eine geradezu überbordende Gewinnermächtigung gegenüber den Atomkonzernen aussprechen. Es geht um die Lizenz zum Gelddrucken für wenige. Für alle anderen bedeutet dies mehr strahlenden Müll, weniger Investitionen und weniger Wettbewerb.

Der Grund für die Aktuelle Stunde ist ein schmutziger Deal: Die Bundesregierung hat die Energiezukunft Deutschlands an die Atomkonzerne verkauft.

(Beifall von der SPD)

Sie gefährdet damit die Sicherheit der Menschen in Deutschland und ruiniert die Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke. Ein Skandal! Noch vor der ersten Befassung des Deutschen Bundestages wird deutlich, dass die Kanzlerin offensichtlich Nebenabreden mit den AKW-Betreibern getroffen hat.

Nachdem die Bundesregierung am 6. September das Ergebnis ihrer Verhandlungen zur Laufzeitverlängerung der Öffentlichkeit dargestellt hat, kommt jetzt die Wahrheit Stück für Stück ans Licht. Befürchtungen, dass die ersten Verlautbarungen der Bundesregierung die Wahrheit über den Atomdeal verschleiern würden, haben sich brutal bestätigt. Zwei entscheidende Aspekte aus dem Geheimpapier wurden inzwischen deutlich: Zum einen ist die Bundesregierung bereit, die Sicherheitsanforderungen an Atomkraftwerke von wirtschaftlichen Erwägungen abhängig zu machen. Zum anderen zeigen die vorgesehenen Reststrommengen, dass die realen Abschaltzeitpunkte einzelner Atomkraftwerke um weit mehr als 20 Jahre bis etwa zum Jahre 2050 verschoben werden. Das kann doch nicht Ihr ernst sein, Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP!

(Beifall von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen hätte die Umsetzung eines solchen Vertrages massive Auswirkungen in Bezug auf Sicherheitsfragen für den weiteren Betrieb der Atomanlagen in Gronau und Ahaus auf der einen

Seite und die Wettbewerbssituation von kommunalen Unternehmen und Industrie sowie des Maschinen- und Anlagenbaus auf der anderen Seite.

Kolleginnen und Kollegen, um es unmissverständlich vorab zu sagen: Die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen hat in ihrer Regierungserklärung klar gemacht: NRW wird alle rechtlich verfügbaren Mittel ausschöpfen, um den Atomkurs dieser Bundesregierung zu stoppen.

(Beifall von der SPD)

Jede Laufzeitverlängerung ohne Zustimmung des Bundesrates – und diese Zustimmung wird es nicht geben – verletzt die im Grundgesetz geschützte Handlungs-, Verwaltungs- und Organisationshoheit der Länder und ist daher verfassungswidrig.

Die Gründe gegen eine Laufzeitverlängerung sind vielfältig. Auf Fragen der Proliferation, die ungelöste Endlagerfrage, die Transporte und das erhöhte Aufkommen radioaktiver Abfälle will ich nicht näher eingehen. Die Bundesregierung hat keine schlüssige Lösung zur Endlagerungsproblematik vorgelegt. Solange die Endlagerfrage nicht gelöst ist, Kolleginnen und Kollegen, verbietet es sich, über Laufzeitverlängerungen überhaupt nur nachzudenken. Das ist so, und das bleibt so!

(Beifall von der SPD)

Es gibt viele weitere gute Gründe gegen den weiteren Einsatz der Atomenergie speziell für das Energieland Nordrhein-Westfalen:

Erstens. Laufzeitverlängerungen sind wettbewerbsfeindlich. Eine Laufzeitverlängerung behindert durch den Weiterbetrieb abgeschriebener alter Kraftwerke den Wettbewerb. Diese Wettbewerbsverzerrung geht vor allem zulasten von kommunalen Stadtwerken und Stadtwerkeverbänden; denn diese haben im Vertrauen auf den Atomkonsens weitreichende Investitionen getätigt und beabsichtigen darüber hinaus weitere Investitionen in moderne und ortsnahe Energieversorgung. Diese Investitionen müssen auf den Prüfstand gestellt werden, wenn Schwarz-Gelb jetzt im Bund den Energiemix zugunsten der Atomkonzerne verschiebt.

Der Hauptgeschäftsführer des VKU, unser ehemaliger gemeinsamer CDU-Landtagskollege Hans-Joachim Reck, hat das ganz klar gesagt – ich zitiere –:

„Die Äußerungen, dass die Laufzeitverlängerungen keinen negativen Einfluss auf den Wettbewerb auf dem Erzeugungsmarkt haben, zeugen von Realitätsferne. Die Effekte sind gravierend, darauf haben auch Monopolkommission und Bundeskartellamt mehrfach hingewiesen.“

Zweitens. Laufzeitverlängerungen sind investitionsfeindlich. Eine Laufzeitverlängerung verhindert In-

vestitionen in neue Technologien. Hier will ich nur die VDI-Nachrichten zitieren. Unter der Überschrift „Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke: Deutsche Maschinenbauer gehen auf Distanz“ wird deutlich, dass viele Unternehmen ihre Geschäftsgrundlage für die Zukunft gefährdet sehen, so zum Beispiel der VDMA, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau:

„Die VDMA-Mitglieder – sie setzen mit rund 900 000 Beschäftigten circa 160 Mrd. € im Jahr um – profitierten in den letzten Jahren vom Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Branche hatte darauf gesetzt, dass der Investitionsstau für die Erneuerung oder den Neubau von Kohlekraftwerken bald aufgelöst und in Zukunft gute Umsätze für die Mitglieder bringen würde.“

Der VDMA hat darauf hingewiesen, dass sich jedes neue Kraftwerk nicht gegen den Betrieb alter Atomkraftwerke rechnet, da die Anlagen abgeschrieben und die Betriebskosten gering sind.

Also noch einmal: Laufzeitverlängerungen behindern Investitionen in Nordrhein-Westfalen und gute Aufträge für die heimische Industrie. Das ist schlicht und ergreifend investitionsfeindlich.

Dritter Punkt: Laufzeitverlängerungen kommen NRW teuer zu stehen. Das ist vorgestern schon einmal angekommen. Zur Entlastung des Bundeshaushalts plant die Bundesregierung eine Brennelementesteuer. Diese entlastet den Bund, belastet aber die Kommunen. Städte und Gemeinden rechnen zunächst mit Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 300 Millionen € jährlich.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die CDU-Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Petra Roth, weist darauf hin, dass der Bund noch nicht gesagt hat, wie er dieses neue Loch stopfen möchte und ob er es überhaupt stopfen möchte. Weiter führt Frau Roth aus:

„Die Städte und ihre Unternehmen investieren in großem Umfang in umweltfreundliche Energieerzeugung. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke dürfen diese Investitionen nicht gefährden.“

Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht wahr sein, dass Schwarz und Gelb deutlich machen: Wir wollen durch diese Atomkraftverlängerung im Energiemarkt weniger Wettbewerb, wir wollen in der Industrie weniger Investitionsfreundlichkeit, und wir wollen auf der anderen Seite auch noch die kommunalen Kassen schröpfen, nur damit Schwarz und Gelb in Berlin einen solchen Deal abschließen können. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es sind aber nicht nur die Steuern. Der Vorsitzende der Stadtwerkevereinigung 8KU, Albert Filbert,

sieht darüber hinaus sogar noch einen Milliarden-schaden auf die kommunalen Versorger zukommen. Der Atomkompromiss werde die städtischen Versorger mit 4,5 Milliarden € belasten, sagte er.

Das sind die praktischen Auswirkungen dieses Atomdeals, Kolleginnen und Kollegen. Dem reden CDU und FDP leichtfertig das Wort.

Ich sage es ganz deutlich, Kollege Lienenkämper: Die Brücke, die Sie mit der Laufzeitverlängerung zu bauen behaupten, die ist auf Sand gebaut, und zwar auf dem Sand, den CDU und FDP den Menschen in die Augen streuen.

Zentrale Fragen wie die energetische Zukunft Deutschlands gehören in die öffentliche Debatte und dürfen nicht in Hinterzimmern ausgekugelt und in Geheimverträgen besiegelt werden. Das gehört auf den Tisch, auf den Marktplatz – und nicht in Hinterzimmer!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Leute müssen wissen, wie es in Deutschland in Zukunft mit dem Energiebereich weitergeht.

Es darf nicht sein, dass die Bundeskanzlerin Sicherheitsfragen an Geldbeträge knüpft. Das ruft die Menschen auf die Barrikaden, und das zu Recht, Kolleginnen und Kollegen.

Augenscheinlich kann all das nur noch verhindert werden, wenn der Bundesrat beteiligt wird. Sie versuchen dies zu umgehen. Das werden wir nicht durchgehen lassen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Kommunikation innerhalb der NRW-CDU interessant. Das ist schon spannend. Am 12. September 2010, also vor ein paar Tagen, berichtete die „Bild am Sonntag“ unter der Überschrift „Störfall Röttgen?“, dass der Bundesumweltminister dem Arbeitskreis Umwelt der CDU-Fraktion im NRW-Landtag in Berlin offenbart habe – jetzt wird es spannend –, er halte den Atomkompromiss schlicht für verfassungswidrig. Lediglich eine Laufzeitverlängerung um etwa fünf Jahre sei ohne den Bundesrat möglich.

Diese Auffassung von Herrn Röttgen passt nicht zu dem Gesetz, das Sie vorgelegt haben, und auch nicht zu dem Vertrag, den Sie geschlossen haben, Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt interessiert sich die Öffentlichkeit natürlich sehr dafür, wie sich denn der für Reaktorsicherheit zuständige Minister wirklich geäußert hat. Ich bin froh, dass wir heute wahrscheinlich aus erster Hand erfahren können, was Herr Röttgen da gesagt hat. Herr Deppe, der die CDU-Delegation angeführt hat, ist im Raum und wird uns sicherlich gleich informieren. Dann kann er den Bundesumweltminister von dem Verdacht freisprechen, es mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen.

Einem Zeitungsbericht ist allerdings zu entnehmen, dass Herr Kollege Deppe sich an die Angabe

„fünf Jahre“ nicht erinnern kann. Herr Kollege Deppe, es kann doch nicht stimmen, dass Sie extra nach Berlin fahren, um danach den entscheidenden Teil verpasst zu haben. Das will ich Ihnen nicht wirklich vorwerfen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das so ist.

Falls es aber doch so sein sollte, kann Ihnen vielleicht Christina Schulze Föcking oder Hendrik Wüst oder Hubertus Fehring oder Gregor Golland oder Margret Vosseler oder Josef Wirtz oder Josef Hovenjürgen auf die Sprünge helfen. Einer von ihnen wird schon noch wissen, was der Minister gesagt hat; denn sie alle werden in dem Artikel „Ein Maulkorb und zwei Dementis“ der Zeitung „Die Welt“ vom Dienstag dieser Woche genannt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sind die Teilnehmer dieses Gesprächs, und alle tun so, als wüssten sie nicht mehr, was der Bundesumweltminister von sich gegeben hat. An Ihrer Stelle würde ich mir, wenn ich das einmal so sagen darf, ernsthaft Sorgen um Ihre Truppe machen, wenn sie, kaum dass sie zurück in Düsseldorf ist, kollektiv schon nicht mehr weiß, was in Berlin besprochen wurde. Das sollte nicht das Bild sein, das die CDU hier abgibt, Kolleginnen und Kollegen.

Also noch einmal: Es wäre ein echter Erkenntnisgewinn, wenn Sie heute erklären könnten, welche Laufzeitverlängerung der Bundesumweltminister nun für schlicht verfassungswidrig hält und welche nicht. Das wäre ein wichtiger Hinweis, um die Position Nordrhein-Westfalens in diesem Diskurs zu stärken. Ich bin gespannt, was wir darüber heute noch erfahren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Markert das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine lieben anwesenden Kolleginnen und Kollegen! Die Themen der heutigen Aktuellen Stunden sind in der Tat grüne Kernanliegen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Erlauben Sie mir am Anfang ein Wort in eigener Sache. Als ich Mitte der 80er-Jahre anfing, mich als Jugendlicher für Politik zu interessieren, war die Auseinandersetzung um die Atomkraft ein entscheidender Beweggrund, mich politisch zu engagieren. Damals hätte ich mir allerdings nicht vorstellen können, dass ich das ein Vierteljahrhundert später immer noch mit der gleichen Leidenschaft tun muss. Ich habe die Hoffnung, dass es uns

gelingen wird, dass meine eigenen Kinder – sie sind jetzt acht und zehn Jahre alt – irgendwann nicht mehr an den Bauzäunen von Atomanlagen rütteln müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Grund für die derzeit hohen Sympathiewerte unserer Partei liegt möglicherweise auch darin, dass die Menschen spüren, dass wir Ökonomie, Ökologie und Soziales zusammen denken. Wir nennen das den „Green New Deal“, einen grünen neuen Gesellschaftsvertrag.

Was Merkel, Westerwelle, Röttgen und Seehofer bei diesem schmutzigen Deal mit der Atomwirtschaft tun, ist aber das genaue Gegenteil. Sie spielen wirtschaftliche Interessen gegen Umwelt- und Sicherheitsinteressen aus. Schlimmer noch: CDU und FDP, die Koalition der den Atomkonzernen Willfährigen, bedienen hiermit nichts anderes als wirtschaftliche Partikularinteressen von E.ON, RWE und Co. – und das auf Kosten der Allgemeinheit, der Länder und der Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist in der Tat – da gebe ich Sigmar Gabriel völlig recht – ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang.

Der hier von der Bundesregierung angestrebte Deal – werte Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, Sie haben mit Ihrem gestern vorgelegten Entschließungsantrag deutlich gemacht, dass Sie voll hinter der Bundesregierung stehen – ist in keiner Weise mit dem rot-grünen Atomkonsens von 1999 vergleichbar.

Damals wurde eine politische Absprache getroffen. Nunmehr hingegen werden konkrete gesetzgebende Maßnahmen – die der Gesetzgeber noch gar nicht getroffen hat – wie die Verlängerung der Laufzeiten in einem verbindlichen Vertrag zur Voraussetzung von Zahlungen der Industrie an den Staat gemacht – Zahlungen, die zusätzlich noch daran gebunden werden, dass erstens der Gesetzgeber die Kernbrennstoffsteuer nicht über den von den Vertragspartnern vorgesehenen Umfang hinaus erhöht und zweitens durch die staatliche Atomaufsicht keine Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung getroffen werden, die die Konzerne Geld kosten.

Insgesamt will die Bundesregierung der Atomlobby damit 11 Milliarden € zusätzliche Kosten für Nachrüstungsmaßnahmen erlassen, und zwar auf Kosten unserer aller Sicherheit. Mit diesem Deal wird die Sicherheit der AKWs gegen Geld verkauft!

(Zuruf von der FDP: Blödsinn!)

Das ist kein grüner neuer Gesellschaftsvertrag, kein „Green New Deal“, mit dem wir Grüne die Industriegesellschaft umbauen wollen, das ist ein schmutziger Deal – da gebe ich dem Kollegen

Eiskirch, der das eben angesprochen hat, ausdrücklich recht –,

(Beifall von den GRÜNEN und von Britta Altenkamp [SPD])

mit dem unsere Zukunft an die Atomlobby und die Atomkonzerne RWE, E.ON und Co. verkauft wird.

Nun dürfen sogar die uralten Schrottreaktoren bis zu 50 Jahre am Stück laufen. Die Umstellung auf erneuerbare Energien wird ausgebremst – die Kollegin Brems wird gleich noch darauf eingehen – und die Marktmacht der vier Stromoligopolisten zementiert, die nun pro Jahr mit zusätzlichen 10 Milliarden € an Gewinnen rechnen können.

Ich will gerne auch noch einmal in Erinnerung rufen: Der Verband kommunaler Unternehmen beklagt daher völlig zu Recht, dass die Bundesregierung einen großen gesellschaftlichen Konflikt und Verfassungsstreit auslöst, der die anstehende Energiewende auf Jahre hin blockieren könnte, und dass zudem eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung zulasten der Stadtwerke und der mittelständischen Unternehmen stattfindet.

Als es gestern darum ging, alten Lkws die Zufahrt in die Umweltzonen zu ermöglichen, da hatten Sie Ihr Herz für Handwerk und Mittelstand auf der Platte. Aber jetzt, wenn es darum geht, klimafreundliche Investitionen zu schützen und herbeizuführen, da haben Sie das scheinbar vergessen. Ihre Wirtschaftspolitik ist überhaupt nicht konsistent, und sie ist auch nicht handwerks- und mittelstandsfreundlich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser schmutzige Deal von Merkel, Röttgen und Co. mit der Atomlobby hat auch konkret für Nordrhein-Westfalen Konsequenzen ...

(Zuruf von den GRÜNEN: Röttgen war nicht dabei!)

– Was höre ich da? Röttgen war nicht dabei. Stimmt, den hat Frau Merkel schon abgeschaltet.

Also: Auch für Nordrhein-Westfalen hat dieser schmutzige Deal von Merkel, Röttgen und Co. mit der Atomlobby seine Konsequenzen; denn die vereinbarte Brennelementesteuer soll als Betriebsausgabe voll abzugsfähig sein. Das heißt, dadurch könnten die Energiekonzerne weniger Gewerbesteuern an die Städte und Gemeinden zahlen. Der Bundeshaushalt würde also wieder einmal auf Kosten der Kommunen in NRW saniert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, zwar haben wir in Nordrhein-Westfalen kein Atomkraftwerk mehr – und das ist auch gut so, die Atomkraftgegnerinnen der Generation vor uns haben hier schon gute Arbeit geleistet –, aber die Anlagen in Ahaus, Gronau und

Duisburg sind leider immer noch bedeutend für die gesamte Atomindustrie. In Ahaus – das will ich in Erinnerung rufen – dürfen jetzt schon 3.960 t Kernbrennstoff eingelagert werden – mehr als im Zwischenlager Gorleben. Durch den schmutzigen Deal der Bundesregierung vermehrt sich die Menge an Atommüll jährlich um weitere 400 t. „Wohin mit diesem Müll?“, frage ich.

Bei jeder Pommesbude im Land wird von den Behörden zu Recht geprüft, wie und wo das Frittenfett entsorgt wird. Die Atomkonzerne sollen hingegen weiterhin und nun auch noch vermehrt Müll produzieren können, ohne dass irgendwo eine Idee im Raum stünde, wo der Müll zu bleiben hätte. Das nenne ich sehr fatal und zukunftsvergessen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir, die Fraktionen von Rot und Grün, werden Ahaus jedenfalls nicht zum Atomklo Deutschlands und auch nicht zur Drehscheibe des internationalen Atommülltourismus verkommen lassen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da sind wir mal gespannt!)

– Ja, Herr Sagel, ich kann Sie beruhigen. Da können Sie gespannt sein. Wir werden das gemeinsam hinbekommen, und wenn Sie mögen, machen Sie dabei gerne mit.

Gerade auch deshalb halten wir am vereinbarten Atomausstieg fest und verfolgen das Prinzip der Zwischenlagerung vor Ort bis zur Lösung der Endlagerfrage. So wollen wir gefährliche Atomtransporte vermeiden.

Dieser schmutzige Deal der Bundesregierung mit den Energiekonzernen ist, meine Damen und Herren, im Ganzen so skandalös gemeinwohlschädigend, dass wir uns mit aller Kraft parlamentarisch, außerparlamentarisch und juristisch dagegen zur Wehr setzen werden. Darum laden wir die zukunftsorientierten Demokratinnen und Demokraten zu der morgigen Antiatomdemonstration nach Berlin ein. Sie, meine Damen und Herren von der FDP und der CDU, laden wir vor das Bundesverfassungsgericht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Kollege Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Der Kollege Markert hat eben – wenn ich dieses persönliche Wort noch voranschicken darf – auf die Zeit verwiesen, in der er politisiert wurde. Das trifft sich mit meiner Zeit. Ich erinnere mich noch an die großen Antiatomdemonstrationen

auf der Bonner Hofgartenwiese und auch an ein wunderbares Buch von dem leider verstorbenen Zukunftsforscher Robert Jungk: „Der Atomstaat“. Er hat mich damals sehr geprägt. Und er hat nicht nur recht behalten, sondern es ist alles noch viel schlimmer geworden, als er es damals in seinem aufklärerischen Buch schon gesehen hat.

Die von der Bundesregierung und ihrer Mehrheit im Bundestag beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für AKWs ist ein Skandal. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht fällig, er ist schon lange überfällig.

Union und FDP als Regierungsparteien im Bund – ich sage das hier in aller Deutlichkeit – handeln vollkommen unverantwortlich gegenüber den heute lebenden und den kommenden Generationen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Risiken der atomaren Energieproduktion können Sie nicht leugnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP. Ob es sich nun um das mögliche menschliche Versagen handelt, um Erdbeben oder terroristische Angriffe: Diese Technologie ist einfach nicht beherrschbar. Ich verstehe nicht, wie bürgerliche Politikerinnen und Politiker immer noch die Stirn haben können, das abzustreiten oder etwa wegen übergeordneter Interessen billigend in Kauf zu nehmen. Wessen Interessen das sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf komme ich noch zu sprechen.

Ich spreche aber vor allem von dem völlig ungelösten und im Übrigen unlösbaren Entsorgungsproblem. Egal wie Sie den Atom Müll verpacken, verbuddeln oder verstecken lassen: Er ist nicht weg, sondern bleibt vielmehr Tausende von Jahren als höchst gefährliche Strahlenquelle vorhanden. Es gibt keine Materialien und keine Orte, die uns und die nach uns kommenden Generationen wirksam und zuverlässig vor diesen Strahlenquellen schützen können. Das Ganze geht so weit, dass die UN vor vielen Jahrzehnten mal darüber diskutiert hat, dieses atomare Teufelszeug ins Weltall zu schicken, weil man nicht weiß, wohin damit. So absurd ist diese Diskussion um die Endlagerung!

Allein schon aus diesem Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, fordern wir von der Linken ohne Wenn und Aber den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

(Beifall von der LINKEN)

Die atomare und die fossile Energieproduktion müssen überwunden werden durch ein rasches Umsteuern auf 100 % erneuerbare Energien und die massive Reduktion des Energieverbrauchs. Beides ist möglich und dringend nötig.

Sprechen wir an dieser Stelle von den Energiekonzernen RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW. Diese vier Riesen haben unlängst demonstriert, dass sie sich als diejenigen verstehen, die das

Sagen haben. Mit ihrer Drohung, die AKWs abzuschalten, wenn die Politik nicht in ihrem Interesse spurt, haben sie Angela Merkel faktisch gesagt: Du bist an der Regierung, aber wir sind an der Macht, und an unseren Interessen kann niemand vorbeiregieren.

Diese Zustände, meine verehrten Damen und Herren, wollen wir Linken beseitigen. Das sind keine demokratischen Zustände. Monopolartige Machtzusammenballungen widersprechen der Demokratie. Energieproduktion und -verteilung gehören in die Hand der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der LINKEN)

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. September konnten wir von einem Geheimabkommen von Regierung und Energiekonzernen erfahren. Nur auf Druck der Oppositionsparteien auf Bundesebene ist dieses Abkommen inzwischen publik. Es zeigt: Das Zusammenspiel von Großkonzernen und Politik funktioniert gewissermaßen vulgär-marxistisch im Sinne der alten Stamokap-Theorie – wenn Sie verstehen, was ich meine.

Mit den Empfängerinnen und Empfängern von Hartz-IV-Leistungen, mit den Bedürftigen, mit den Armen wird nicht verhandelt, wenn ihnen von dem Wenigen, was sie noch haben, noch etwas weggenommen wird – wie beim 80-Milliarden-€-Sparpaket Ihrer Bundesregierung. Aber mit den Großkonzernen schließt man Abkommen und lässt „Hintertürchen“ offen, wie es in der „NRZ“ vom 10. September heißt. Gegen diese Zustände lehnen wir uns auf, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Worin bestehen die Hintertürchen für die Stromriesen? Angeblich müssen sie nun doch etwas mehr von ihren zu erwartenden Milliardengewinnen abgeben; deshalb sei ihr Aktienkurs gesunken. Aber jede Milliarde, die die Konzerne durch die Laufzeitverlängerung verdienen, ist eine Milliarde zu viel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In Wirklichkeit können die Konzerne es sich laut Abkommen auf den Förderbetrag anrechnen lassen, wenn die Nachrüstung der 17 deutschen AKWs jeweils mehr als 500 Millionen € kosten sollte. Faktisch werden sie frühestens ab 2020 einen Förderbeitrag für die erneuerbaren Energien leisten. Er wird in keinem Verhältnis zu ihren märchenhaften Extraprofiten stehen.

NRW ist ganz direkt betroffen. Es geht nämlich nicht nur um die AKWs, es geht um die gesamte atomare Logistik, den Transport, die Zulieferung und die Forschung. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass NRW wirklich atomfrei wird!

(Beifall von der LINKEN)

Dafür muss man sich natürlich vom Druck der Großkonzerne freimachen. Das mag schwer sein, weil sie das Geld und die Macht haben. Man muss sich grundsätzlich entscheiden, auf wen man sich stützt: auf die da oben oder auf die da unten. Wir Linken haben uns da entschieden, meine Damen und Herren: Wir stützen uns auf die große Mehrheit der Bevölkerung und fordern SPD und Grüne auf, sich darauf zurückzubedenken, dass jeder Fortschritt in der schon etwas ferner liegenden Vergangenheit, der mit Ihren Parteien in Verbindung gebracht wird, nur durch Bewegung von unten möglich wurde.

(Beifall von der LINKEN)

Der Macht von Konzernen – und übrigens auch Banken –, die millionen- oder milliardenschwer sind, kann man nur die Gegenmacht der Millionen entgegenstellen. Diese Millionen muss man ermutigen, für ihre Rechte aufzustehen. Wenn Sie sich nicht darauf zurückbesinnen, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, dann bleiben Sie am Gängelband dieser kapitalistischen Großkonzerne.

Die Macht dieser Konzerne besteht zu Unrecht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es handelt sich um eine verfassungswidrige Macht. Ich zitiere dazu immer – auch hier wieder – mit Erlaubnis des Präsidenten Art. 27 unserer Landesverfassung:

„Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

Weiter heißt es dort:

„Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“

(Beifall von der LINKEN)

Das ist keine Erlaubnis der Verfassung, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Gebot. Worauf sollten monopolartige Stellung und Missbrauch wirtschaftlicher Macht besser passen als auf die Energieriesen RWE, E.ON und Konsorten?

(Minister Johannes Remmel: Aber französische Verhältnisse wollen Sie auch nicht!)

Sie missachten die Verfassung, wenn Sie diese Energiekonzerne nicht endlich in Gemeineigentum überführen, und zwar verbunden mit Dezentralisierung

(Minister Johannes Remmel: Da sehen wir, wie das in Frankreich funktioniert!)

– hören Sie zu, Herr Minister! – und demokratischer Kontrolle der Bürgerschaft. Das ist der Unterschied. Wir wollen nicht einfach nur eine platte Verstaatlichung,

(Minister Johannes Remmel: Dann bekommen wir 100 % Atomstrom!)

wir wollen nicht einfach nur ein anderes Firmenschild an der Eingangstür eines solchen Unternehmens, sondern wir wollen die demokratische Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der LINKEN)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen, wem die Solidarität der Linken gilt. Sie gilt den vielen Tausend Menschen, die gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke mit vielfältigen gewaltfreien Aktionen bis hin zum zivilen Ungehorsam protestieren und die Entmachtung der Stromkonzerne fordern. Diese Menschen streiten für eine lebbare und lebenswerte Zukunft. Diesen Menschen sollten Sie alle sich anschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Noch ein letztes Wort an SPD und Grüne: Wenn ihr nicht den Mut habt, an die Großkonzerne heranzugehen, dann lasst uns wenigstens darüber nachdenken, ob wir vielleicht die Hoch- und Höchstspannungsnetze in Gemeineigentum überführen. Das wäre ein erster Schritt in Richtung demokratischer Kontrolle. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die CDU-Fraktion hat das Wort nun Herr Kollege Lienenkämper.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident!! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist bekanntlich das Energieland Nummer eins. Wenn wir das Energieland Nummer eins bleiben wollen, dann müssen wir in Nordrhein-Westfalen für die Unternehmen, die hier ihren Sitz haben, und für die Bürgerinnen und Bürger Energie haben, die sicher ist, die sauber ist und die bezahlbar ist. Deswegen brauchen wir einen Energiemix, der genau diese Ziele sicherstellt und sichere, saubere und bezahlbare Energie zur Verfügung stellt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der vergangenen Wahlperiode als erste Landesregierung in einem deutschen Bundesland eine integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie erarbeitet. Diese integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie ist zielführend, ist langfristig angelegt und setzt genauso auf erneuerbare Energien wie auf einen vernünftigen Energiemix. Wir waren Vorreiter bei der Energiepolitik; Sie ziehen mit untauglichen Mitteln nach.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich begrüße es nachdrücklich, dass die Bundesregierung ein Energiekonzept vorgelegt hat, das langfristig ist, das realistisch ist, das konkret ist und das vor allen Dingen seriös durchfinanziert ist. Die

Wahrheit ist: Wir haben jetzt endlich ein vernünftiges Energiekonzept. Das ist das anspruchsvollste, konsequenteste, umfassendste Konzept, das es in Deutschland je gegeben hat. Ich füge hinzu: Es ist weltweit einmalig.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es ist langfristig und glaubwürdig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es beschreibt einen Zeithorizont bis 2050, und es beschreibt konkrete Zeitetappen, in denen konkrete Ziele erreicht werden sollen und erreicht werden.

Es ist handfest mit vielen konkreten Maßnahmen hinterlegt. Bei der Stromproduktion soll der Anteil erneuerbarer Energien 2030 bei 50 % und bis 2050 bei 80 % liegen.

Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht die vernünftige und marktfähige Förderung für erneuerbare Energien vor. Wir sind immer der Auffassung gewesen, keine Dauersubventionstatbestände zu schaffen, wie im Erneuerbare-Energien-Gesetz angelegt, sondern eine Hilfe für die Markteinführung. Diese Hilfe wird weiter gegeben. Diese Hilfe ist glaubwürdig, diese Hilfe ist ganz praktisch. Es wird Fotovoltaik weiter gefördert, es wird Windenergie weiter gefördert, es wird Offshore-Windenergie zusätzlich ermöglicht.

Aber lange ist nicht daran gedacht worden, meine Damen und Herren, dass auch der Netzausbau mithalten muss. Es hilft nichts, neue Windenergie offshore zu produzieren, den Strom dann aber nicht in Netze einspeisen zu können, weil solche nicht zur Verfügung stehen. Deswegen wird es eine neue Nord-Süd-Fernnetztrasse geben. Wir werden diese brauchen. Die Bundesregierung wird in Smart Grids investieren und intelligente Verteilnetze fördern. Es werden flächendeckend intelligente Stromzähler eingerichtet.

Das alles sind Versäumnisse, die noch aus der Zeit herrühren, als Herr Trittin Umweltminister war. Das wird jetzt abgearbeitet.

(Minister Johannes Remmel: Ach! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das wird verlängert und nicht abgearbeitet!)

Das ist richtig so. Deswegen stehen wir voll hinter dem Energiekonzept der Bundesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Zu diesem Energiekonzept der Bundesregierung gehört ein wesentliches und zentrales Thema, und das ist die Energieeffizienz. Die Wahrheit ist: Energieeffizienz ist die beste Energiequelle, die wir haben. Von allen Varianten moderner Energiepolitik ist Energieeffizienz die wirksamste und die wirtschaftlichste. Dadurch entstehen Beschäftigung und Wachstum im Inland, weniger Importabhängigkeit, eine bessere Energieversorgung sowie Sicherheit

und Impulse für technische Fortentwicklung. Deshalb wird Energieeffizienz zukünftig stärker gefördert werden.

Da pushen wir von Nordrhein-Westfalen aus die Bundesregierung, weil wir der Auffassung sind, dass bei der Energieeffizienz eigentlich noch mehr getan werden müsste, als schon in dem anspruchsvollen Konzept steht. Wir werden Vorschläge unterbreiten, wie man Energieeffizienz noch besser fördern kann, als die Bundesregierung das tut. Allerdings ist dieses Konzept so umfassend, so langfristig, dass es gemeinsam gelingen wird.

Das Konzept sieht als einen Bestandteil die Verlängerung der Atomlaufzeiten vor. Sie tun hier gerade so, als würde dieses Konzept nur aus der Verlängerung der Atomlaufzeiten bestehen. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist eines der größten Konzepte zur Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland für die Zukunft.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Förderung der Atomkraft!)

Kernenergie ist Brückentechnologie und trägt zur Finanzierung der erneuerbaren Energien langfristig bei. Das ist so, und das ist auch vernünftig.

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon die Sicherheit der Atomenergie ansprechen, dann nenne ich Ihnen einen Unterschied zwischen der jetzigen Bundesregierung und der rot-grünen Bundesregierung, die seinerzeit den Atomausstieg verhandelt hat. Die damalige Bundesregierung hat unter Umweltminister Trittin mit den Konzernen über die Sicherheit der Atomanlagen verhandelt. Sie hat Sicherheit zur Disposition gestellt. Sicherheit ist Teil der Verhandlungsmasse gewesen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist der große Unterschied zur aktuellen Energiedebatte: Die jetzige Bundesregierung setzt Sicherheit voraus, erhöht die Sicherheitsstandards und verhandelt mit den Betreibern der Atomanlagen über die Sicherheit nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich bringe Ihnen jetzt mal ein Zitat aus dem Vertrag zum Atomausstieg aus dem Jahre 2000, unterschrieben von Herrn Trittin, zum Thema Sicherheit:

„Während der Restlaufzeiten wird der von Recht und Gesetz geforderte hohe Sicherheitsstandard weiter gewährleistet“

– jetzt kommt es –;

„die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard und die diesem zugrunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha! – Christian Möbius [CDU]: Hört, hört!)

Das heißt auf Deutsch: Weniger lange Laufzeiten, ihr könnt mit der Sicherheit machen, was ihr wollt.

(Minister Johannes Remmel: Das ist doch Quatsch! Sämtliche Standards sind darin beschrieben! Das ist an den Haaren herbeigezogen!)

Das ist Disposition gewesen. Das ist keine vernünftige Sicherheitspolitik gewesen: seinerzeit nicht und heute auch nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das bedeutet im Klartext: Der technische Fortschritt bei der Sicherheit während der Laufzeit wurde unter der alten Regierung nicht dazu genutzt, die Sicherheitsanforderungen zu verbessern. Wir tun das. Wir sagen nämlich: Technische Verbesserungen müssen in bessere Sicherheit bei den Anlagen umgesetzt werden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir bekommen sicherere Anlagen, und wir bekommen einen Finanzierungsbeitrag für die erneuerbaren Energien.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir mal zu dieser „Geheimvereinbarung“. Glauben Sie eigentlich allen Ernstes, die damalige Regierung habe den Atomausstieg ohne Verträge gemacht? Das ist doch nicht vom Himmel gefallen, wie manche es heute sehen wollen. Es gibt natürlich Vereinbarungen über den Ausstieg und über die Verlängerung. Es gibt vor allen Dingen deswegen Vereinbarungen, weil die Atomkonzerne natürlich zur Finanzierung der Förderung der erneuerbaren Energien maßgeblich beitragen, insgesamt mit einem zweistelligen Milliardenbetrag. Wie es in Deutschland üblich ist, wird das mit Verträgen abgesichert und durch Verträge geregelt und nicht nur durch bloße Erklärungen oder durch bloße Überschriften.

(Minister Johannes Remmel: Das ist Ablasshandel!)

Deswegen gibt es eine Vereinbarung. Die ist übrigens sehr vernünftig, weil sie die Finanzierung der langfristigen Energiestrategie sicherstellt. Diese Vereinbarung hat übrigens auch ermöglicht, dass die Bundesregierung sagen konnte: Die kompletten Zusatzeinnahmen aus dem Zertifikatehandel ab 2013 gehen vollständig in die Förderung von erneuerbaren und von regenerativen Energien.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, handelt es sich um ein vernünftiges Energiekonzept mit einem vernünftigen Energiemix und einer vernünftigen Finanzierung. Es belastet auch die Stadtwerke nicht unbillig.

Wie Sie wissen, verfügt nur ein Drittel aller Stadtwerke überhaupt über eine eigene Stromerzeugung. Die anderen zwei Drittel sind sehr daran interessiert, an der Börse günstigen Strom für die Belieferung ihrer Endkunden einzukaufen. Und wie

Sie wissen, trägt alles, was jetzt im Energiekonzept der Bundesregierung steht, zur Preisdämpfung auf dem Strommarkt bei.

Vertrauensschutz, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat in der politischen Debatte von Anfang an nicht wirklich bestanden. CDU und FDP haben 2000 die Laufzeitverkürzung als falsch erachtet, und wir haben immer gesagt, dass wir die Gelegenheit nutzen werden, um eine vernünftige Energiepolitik – und nicht die falsche rot-grüne Energiepolitik – zu machen. Insofern gab es von Anfang an keinen Vertrauensschutz.

Sie halten der Bundesregierung in Berlin vor, dass sie getroffene Vereinbarungen von 2000 jetzt rückgängig machen und ändern will. Dazu sage ich Ihnen nur eines: Was das Rückgängigmachen und Ändern von vernünftigen Reformen angeht, so sind Sie hier in Nordrhein-Westfalen Weltmeister. Denn Sie versetzen das Land in den Zustand, in dem es vor dem Jahre 2005 war. Diesen Zustand hat dieses Land nicht verdient. Wir wollen eine zukunftsorientierte und vernünftige Energiepolitik. Wir machen sie, und auch die Bundesregierung macht sie. Wir stehen jedenfalls dafür.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Prof. Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist erst einmal gut, dass die antragstellenden Fraktionen ihre Reihen allmählich etwas auffüllen. Denn es war aus meiner Sicht sehr bemerkenswert, dass diejenigen, die den Antrag gestellt haben, fast gar nicht präsent waren und an der Debatte bislang kaum teilgenommen haben.

Die Regierung ist mit den Fachministern vertreten. Wenn das aus Sicht der antragstellenden Fraktionen ein so wichtiges Thema ist, dann hätte ich erwartet, dass die Landesregierung an dieser Debatte, die auch für das Energieland Nordrhein-Westfalen von zentraler Bedeutung ist, mit einer anderen Präsenz teilnehmen würde.

(Beifall von der FDP)

Über die Fraktion der Linken wollen wir gar nicht reden. Denn eines ist bemerkenswert: Ein Abgeordneter hat hier leidenschaftlich davon gesprochen, dass ihn erst das Thema Atom in die Politik geführt habe. Er hat seinen Wortbeitrag geleistet, und anschließend hat er den Plenarsaal verlassen. Das zeigt, wie ernsthaft ihn das Thema in Wahrheit offensichtlich berührt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sollten diese Frage, die von so grundlegender Bedeutung für die Menschen in unserem Lande ist, hier mit größerer Ernsthaftigkeit besprechen.

(Norbert Römer [SPD]: Dann fangen Sie mal an!)

Ich wünschte mir vor allen Dingen, lieber Herr Römer, auch mit Blick auf den Redner Ihrer Fraktion, dass Sie in der weiteren Debatte nicht in das Vokabular verfallen, das hier insbesondere von der Linken sehr stark eingeführt worden ist. Denn hier sind die Energiekonzerne ganz massiv angegangen worden.

Ich hatte in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin etwas gehört, was sehr bemerkenswert ist, weil es in Deutschland zu einer Zeit gemeinsamer sozialliberaler Regierungsverantwortung im Bund eingeführt worden ist, nämlich die betriebliche Mitbestimmung. Es ist schon sehr bemerkenswert, wie Sie hier mit Konzernen umgehen, die in Nordrhein-Westfalen ihren Sitz haben, die mitbestimmte Unternehmen sind, in denen auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten für die Unternehmenspolitik Mitverantwortung tragen, über die wir heute im Plenarsaal diskutieren. Ich wünsche mir mindestens von der Sozialdemokratie und von dieser Landesregierung, dass Sie mit den dort Beschäftigten und den in den Unternehmen Verantwortung Tragenden so umgehen, wie sich das unter Demokraten in einer sozialen Marktwirtschaft gehört.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich wünsche mir dies in Sonderheit deshalb, weil in den Unternehmen genauso wie in den Stadtwerken und in anderen Energieversorgungsunternehmen Zigtausende – in Nordrhein-Westfalen dürfen wir sogar von Hunderttausenden sprechen – Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgehalten werden, die im Interesse unserer Bevölkerung jeden Tag ihren Dienst leisten. Sie sorgen dafür, dass wir Licht haben und dass es warm in unseren Räumen ist, dass wir die Umwelt besser entlasten können und dass wir eine Energieversorgungssicherheit haben, und zwar sowohl für die Haushalte als auch für die Betriebe in diesem Land.

Nordrhein-Westfalen – ich bemühe die Worte von Frau Kraft – ist ein Industrieland. Ja, wir sind ein Industrieland, und wir wollen ein modernes Industrieland bleiben, und dafür brauchen wir in Zukunft sichere und bezahlbare Energie.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Es ist die große – auch staatspolitische – Leistung von Helmut Schmidt und Otto Graf Lambsdorff gewesen, Anfang der 80er-Jahre im Kontext der zweiten Ölpreiskrise ein energiepolitisches Gesamtkonzept für Deutschland zu entwickeln. Dieses war

lange Grundlage für die Sozial- und Wirtschaftspolitik in Deutschland. Es ist in den letzten Jahren auch aufgrund der Verwerfungen zwischen den verschiedenen Parteien leider nicht gelungen, ein solches Energiekonzept fortzuschreiben und mit den neuen Notwendigkeiten zu versehen, die sicherlich bestehen, um Umwelt und Menschen in einer globalisierten Welt auch langfristig gerecht zu werden.

Ich finde, mit dem Konzept von Angela Merkel und Rainer Brüderle ist der neuen Bundesregierung ein großer Wurf gelungen. Denn endlich können wir hier in Deutschland wieder ganzheitlich über Energiefragen reden. Wir können die Fragen der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit und des Umweltschutzes in einem Gesamtkonzept absichern.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Und was ist mit der Entsorgung?)

Das kann in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland nur gelingen, wenn wir auf einen breiten Energiemix aus möglichst vielen Quellen setzen, meine Damen und Herren. Das ist die Grundvoraussetzung für Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit auch in Zukunft.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Hans Christian Markert [GRÜNE]: Und die Entsorgung?)

Genau das liegt jetzt vor: ein breiter Mix aus möglichst vielen Quellen, mit dem sehr ehrgeizigen Ziel, die Energieversorgung in Deutschland dauerhaft ganz überwiegend auf erneuerbaren Energien aufzubauen. 2050 – so das Ziel – sollen 50 % der Gesamtenergiemenge aus erneuerbaren Energien gewonnen werden; beim Strom sollen es 80 % sein. Es liegt also eine gewaltige Kraftanstrengung vor uns.

Wir alle wissen: Dafür brauchen wir leistungsfähige Netze, die wir in der Form heute noch nicht haben; das wissen Sie. Und wir brauchen Speichertechnologien, die in der Lage sind, die erneuerbaren Energien – wir wissen, der Wind weht nicht immer dann, wenn wir Strom brauchen, und auch die Sonne scheint nicht immer dann, wenn wir Energie benötigen – in einer wirtschaftlichen Form für breite Anwendungen nutzbar zu machen. In dieses Vorhaben sollen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Milliarden in einer Weise investiert werden, wie es bisher in Deutschland noch nicht möglich war.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig wird über die Verlängerung der Laufzeiten für die friedlich genutzte Kernenergie in Deutschland sichergestellt, dass auch in diesem Übergangsprozess unsere Haushalte weiterhin verlässlich mit Strom versorgt werden können. Dazu müssen wir wissen, dass in diesem Moment – draußen scheint nicht viel Sonne – der Strom für jede vierte Glühbirne hier in diesem Haus aus einem friedlich genutzten Kernkraftwerk in Deutschland kommt, in der Grundlast jede zweite Glühbirne. Wenn es gleich draußen noch dunkler

wird, dann wird bei uns jede zweite Glühbirne aus friedlich genutzter Kernenergie beleuchtet, damit wir diese Debatte führen können

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

und die Wohnungen der Menschen im Land warm sind. Das müssen wir den Bürgern auch sagen, um auch das Vertrauen in vernünftig handelnde Politik zurückzugewinnen.

Und weil der Zusammenhang so ist, haben die beiden Regierungen, die von Schröder und Fischer angeführt worden sind, seinerzeit den Ausstieg aus der Atomenergie eben nicht über Nacht vorgenommen. Denn wenn das alles so schrecklich wäre, wie die drei Wortbeiträge der antragstellenden Fraktionen uns Glauben machen wollen, dann hätten verantwortliche Politiker sagen müssen: Die müssen alle vom Netz. Aber das haben weder die Grünen noch die Sozialdemokraten in ihrer Regierungsverantwortung oder im Deutschen Bundestag beschlossen, sondern sie haben aus guter Einsicht heraus gesagt: Das geht jetzt nicht, das geht auch auf absehbare Zeit nicht, sondern wir müssen unser Land schrittweise auf erneuerbare, auf umweltfreundliche Technologie umstellen. Und für diese Brückenzeit brauchen wir diese Energiequelle.

Jetzt bringt die neue Bundesregierung kein ganz neues Konzept, sondern knüpft an ihr Regierungshandeln an. Ich halte es im Übrigen für sehr vernünftig, wenn in einer Demokratie nicht immer alles weggerissen wird, was Vorgänger geleistet haben, sondern wenn es weiterentwickelt wird. Die neue Bundesregierung macht nichts anderes, als Ihren Beschluss an der Stelle – darüber hinaus macht sie vieles besser, was Herr Lienenkämper gesagt hat und ich eingangs gesagt habe –, die von Ihnen definierte Brücke, so weit zu verlängern, dass unsere Energieversorgung das rettende Ufer auch tatsächlich erreichen kann – nicht mehr und nicht weniger.

Sie macht es im Übrigen in gleicher Form, was man bedauern kann. Ich als Staatsbürger dieses Landes – das sage ich in aller Klarheit – bedaure das. Aber es ist offensichtlich leider nicht anders möglich. Wir reden ja immer viel von Einladungen. Wenn sie aber nicht angenommen werden, dann muss Politik alleine handeln. So haben Sie damals alleine gehandelt, denn als Sie die Laufzeiten der Kraftwerke seinerzeit verkürzt haben, hatten Sie dafür im Bundesrat keine Mehrheit.

Was hat die damalige Bundesregierung gemacht? Sie hat gesagt: Lasst uns den Bundesrat beiseite nehmen! Wir können das auch alleine. Dann hat sie alleine verkürzt.

(Beifall von der FDP)

Die jetzige Bundesregierung, die sich in der gesamtstaatlichen Verantwortung sieht und deshalb

auch eine Verlängerung vornimmt, würde das gerne auch mit dem Bundesrat machen.

(Minister Johannes Remmel: Das ist eine völlig andere rechtliche Ausgangslage!)

Ich würde gerne die Grundfragen der Politik mit der Länderkammer bestimmen. Da Sie aber ideologisch blockiert sind,

(Minister Johannes Remmel: Staatsstreich ist das!)

geht das leider nicht. Deswegen macht das die Bundesregierung genauso wie Ihre Regierung: Sie entscheidet das, was sie alleine entscheiden kann, auch alleine, meine sehr verehrten Damen und Herren – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall von der FDP)

Sie macht es nur verantwortungsethisch besser. Das hat Herr Lienenkämper hier schon dargelegt.

Solange Kraftwerke laufen, erst recht für die Zeit danach muss Vorsorge getroffen werden, was Sicherheit und Entsorgung anbetrifft.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Ja, Entsorgung!)

– Ja, ja, Herr Markert, nun sind Sie ja neu im Landtag. Es war Ihre nordrhein-westfälische rot-grüne Landesregierung, die zusammen mit der rot-grünen Bundesregierung in Nordrhein-Westfalen Forschungslehrstühle für Entsorgungsfragen in dem Bereich abgeschafft hat.

(Beifall von der FDP)

Das waren Sie, weil Sie die Frage ideologisch und nicht sachbezogen betrachten. Bleiben Sie doch einmal sachbezogen!

(Karl Schultheis [SPD]: Hochschulen haben Sie abgeschafft!)

Wenn Sie sachbezogen sind, dann müssen Sie doch zweierlei tun:

Sie müssen die Kraftwerke jetzt, wenn Sie sie nutzen – und Sie wollten sie auch weiter nutzen –, so sicher wie irgend möglich machen. Dazu müssen Sie weiter in Forschung investieren. Sie müssen in konkrete Sicherheitsverbesserungen investieren.

Auf der anderen Seite müssen Sie die erneuerbaren Energien besser machen. Dafür müssen Sie in Forschung investieren. Dafür müssen Sie in Anwendung investieren. Dafür brauchen Sie aber auch Geld, und Sie müssen sehen: Energiepreise sind die Brotpreise des 21. Jahrhunderts. Die kleinen Leute in unserem Land müssen sich Energie auch noch leisten können! Deswegen hat das auch etwas mit Wirtschaftlichkeit zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ich komme sehr gerne zum Schluss, Herr Präsident, wenn Sie mir noch eine Anmerkung gestatten.

Ich würde es sehr begrüßen, auch im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen,

(Karl Schultheis [SPD]: In wessen Interesse sonst?)

damit unsere Interessen auf der Forschungsseite wie auf der Anwendungsseite bei dieser Neuregelung des Energiekonzepts besser eingebracht werden, dass die Landesregierung nicht einfach blind klagt, wo sie nicht gewinnen wird, sondern dass diese Landesregierung den Weg unternimmt, auf die Bundesregierung zuzugehen, und dass sie versucht, für Nordrhein-Westfalen mit diesem neuen Energiekonzept das Beste für unsere Menschen, für unsere Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu machen. Hier wäre ein Gestaltungsfeld für die neue Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Pinkwart. – Ich möchte darauf hinweisen, Kolleginnen und Kollegen, es gibt in der Aktuellen Stunde keine Möglichkeit, Zwischenfragen zu stellen – nur, damit nicht versehentlich auf den Knopf gedrückt wird. – Für die Landesregierung spricht Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Professor Pinkwart, ich möchte jetzt auch ganz sachbezogen an diese Thematik herangehen. Ich möchte Ihnen auch Recht geben: Nordrhein-Westfalen ist ein Industrieland. Nordrhein-Westfalen ist ein Energieland.

Deswegen haben wir auch seit Monaten auf ein Energiekonzept der Bundesregierung gewartet, das schon Ende letzten Jahres versprochen war und das eben lange auf sich warten ließ. Denn jeder, der von der Notwendigkeit des langfristigen Umbaus unseres Energieversorgungssystems mit den Zielen Klimaschutz und Energieeffizienz überzeugt ist, weiß natürlich, dass ein solches Konzept dringend nötig ist, weil wir verlässliche Perspektiven für die langfristige erforderlichen Investitionen brauchen.

Aber der Verlauf der Ereignisse seit Ende August macht, denke ich, deutlich, dass inzwischen von einem seriösen Erarbeitungsverfahren nicht mehr die Rede sein kann. Es ist immer klarer geworden, dass es der Bundesregierung gar nicht in erster Linie um das notwendige umfassende Energiekon-

zept geht, sondern letztlich um die Laufzeitverlängerung, die im Prinzip schon verabredet war. Gutachten und Konzepte werden hierbei nur noch benötigt, um die politisch längst getroffene Entscheidung noch zu begründen. Dementsprechend ist das von der Bundesregierung gewählte Verfahren in mehrfacher Hinsicht vollkommen inakzeptabel, und das möchte ich Ihnen hier auch darlegen.

Dass es im Vorfeld gesetzgeberischer Entscheidungen von außerordentlicher Tragweite eine Geheimvereinbarung zwischen Bundesregierung und Betreiberseite gibt, wie dann auch nur durch Zufall bekannt geworden und auch nur nach massivem öffentlichem Druck offengelegt worden ist, ist in unserem Lande eigentlich unglaublich und entspricht nicht deutscher und mitteleuropäischer Kultur.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dass die Bundesregierung die Länder an der Erarbeitung des Energiekonzepts – obwohl es versprochen war, Herr Lienenkämper – bis heute nicht beteiligt hat, passt in dieses Bild.

Man will die Länder offenbar vollständig außen vor halten, und deswegen will man es im Endeffekt auch ohne die Zustimmung des Bundesrates durchsetzen. An diesem Vorgehen haben bereits namhafte Juristen Zweifel geäußert. Zum Beispiel der frühere Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier, das Bundesjustizministerium oder auch Bundestagspräsident Lammert, selbst Bundesumweltminister Röttgen bezweifeln inzwischen, dass das Ganze ohne Bundesrat umsetzbar ist.

Meine Damen und Herren, wir als Landesregierung werden auf jeden Fall eine Umgehung des Bundesrates nicht akzeptieren, Herr Prof. Pinkwart. Das hat auch nichts mit Ideologie oder sonst etwas zu tun. Bei solchen weitreichenden Entscheidungen müssen die Länder beteiligt werden,

(Ralf Witzel [FDP]: Waren sie doch beim Ausstieg auch nicht!)

und wir werden das im Zweifelsfall letztendlich vom Bundesverfassungsgericht entscheiden lassen.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen sehen, Herr Witzel, beim Ausstieg ging es um etwas ganz anderes. Dort wurden die Kommunen und das Land ja eher entlastet, was die Sicherheit betrifft. Jetzt, bei der Verlängerung von Laufzeiten, ist die Sicherheitsfrage wieder ganz, ganz entscheidend. Das heißt, wir können erheblich belastet werden, also sind wir zu beteiligen. Das ist doch ganz einfach.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Minister Johannes Remmel: Genau so ist es!)

Wirklich bedrückend ist für mich aber eigentlich etwas völlig anderes: Weil die Entscheidung für eine

Verlängerung der Restlaufzeiten unausgesprochen der Ausgangspunkt des ganzen Energiekonzepts ist, nimmt die Bundesregierung es letztendlich in Kauf, dass die klimapolitischen Ziele durch den Verlängerungsbeschluss konterkariert werden.

Meine Damen und Herren, die Kernenergie ist als Brückentechnologie für einen langfristigen Umbau des Energieversorgungssystems eben deswegen ungeeignet, weil die Wirtschaftlichkeit von Investitionen für eine umweltfreundliche Energieerzeugung genau dadurch gefährdet wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dies gilt vor allem für Investitionen von Stadtwerken und Versorgungsunternehmen in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Intensität des Wettbewerbs auf der Erzeugerstufe erhöhen. Die kommunale KWK-Erzeugung aus modernen Anlagen wird sich gegen die Erzeugungskosten abgeschriebener Großkraftwerke nicht durchsetzen können. Ebenso werden die Wettbewerbsbedingungen für neue, hocheffiziente kommunale Gemeinschaftskraftwerke verzerrt und in dem Moment die Umsetzung fast unmöglich.

Auch das Investitionsklima für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird sich verschlechtern, weil eben befürchtet werden muss, dass der Druck auf das bewährte Einspeisungs- und Vergütungssystem des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zunehmen wird.

Ein zweiter grundsätzlicher Einwand ist mir dabei auch besonders wichtig. Das Gutachten für die Bundesregierung zu den Energieszenarien bis 2050 wird in der Öffentlichkeit oft so verstanden, als gehe es um eine wissenschaftliche Arbeit, die Analysen und Prognosen heranzieht und mehr oder weniger daraus abgeleitete Konsequenzen zieht. Das ist völlig falsch.

Alle wesentlichen Eckdaten – die Entwicklung des Energieverbrauchs, der Anteil der erneuerbaren Energie oder die Annahmen, deren Grundlagen die Bundesregierung sonst noch vorgegeben hat – sind eben nicht wissenschaftlich begründet, sondern ganz einfach politisch vorgegeben, und die Gutachter hatten sie als Rahmendaten zu beachten. Da war also nichts mit Analyse, nichts mit Prognose, nichts mit Synthese, wie man normalerweise an so ein Gutachten herangeht.

Letztendlich – und das haben mir auch Gutachter bestätigt, Herr Lienenkämper; wir haben ja ein sogenanntes Interpretationsgespräch mit einem Gutachterinstitut geführt, um uns das Ganze erklären zu lassen – haben sie deutlich gesagt: Es ging im Endeffekt um vier Szenarien, in denen Laufzeitverlängerung und Erneuerungsbedarf verglichen wird. Das war ihr wesentlicher Auftrag. Es ging eben nicht darum, ob Laufzeitverlängerung überhaupt sinnvoll ist und wie sie sich auf den Energiemix und wie sich

dies wiederum insgesamt auswirkt. Genau das sollte nicht untersucht werden. Vielmehr ging es um Szenarien „Laufzeitverlängerung/Erneuerungsbedarf“. Das haben die Gutachter gemacht. Insoweit ist das nicht einmal im Ansatz ein Energiekonzept, sondern es ist eine Begründung für einen politischen Beschluss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Medienberichte, die Sie in Konsequenz der Entscheidung der Bundesregierung sicherlich auch verfolgt haben, legen nahe, dass verschiedene geplante Investitionsvorhaben – nun kommen wir auch wieder auf den Standort Nordrhein-Westfalen zurück, ob es in Duisburg, in Düsseldorf, in Hagen oder in Köln ist – jetzt infrage gestellt werden. Investitionsvorhaben in Milliardenhöhe!

Ich war gestern, als Herr Dr. Papke kritisiert hatte, dass ich nicht im Plenum war, beim Verband kommunaler Unternehmen in Dortmund. 150 Vertreter kommunaler Unternehmen, vor allem Stadtwerke, die sich dort getroffen haben, haben mir bestätigt, dass jedes zweite kommunale Unternehmen die Investitionen auf den Prüfstand stellt und erheblich gefährdet sieht. Das heißt, es ist nicht nur eine vage Vermutung, sondern es ist von ihnen ganz deutlich so formuliert worden. Insoweit merken wir, welche Gefahr auch für den Standort Nordrhein-Westfalen besteht.

Ich will noch erwähnen – und ich denke, das ist gerade für das Land wie auch die kommunale Familie ganz wichtig –, dass durch die mindestens teilweise steuerliche Absetzbarkeit der geplanten Abgaben für erneuerbare Energien wie die Brennelementesteuer allein dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Kommunen Mindereinnahmen, die geschätzt in dreistelliger Millionenhöhe liegen, entstehen werden.

Meine Damen und Herren, letztendlich ist klar, dass eine solche Basis insgesamt für ein nationales Energiekonzept, das Sie zu Recht einfordern, Herr Lienenkämper, weil wir es brauchen, keine Basis ist. Es muss eigentlich erst noch entwickelt werden. Das hatte die Bundesregierung in dem Sinne gar nicht vor.

Deswegen, meine Damen und Herren, wird die Landesregierung im weiteren Verfahren alle ihre Möglichkeiten nutzen, um zu verhindern, dass die umweltfreundliche kommunale Stromerzeugung vom Markt gedrängt wird. Dazu habe ich gestern – wie gesagt – auf der Jahrestagung mit etwa 150 Vertretern gesprochen. Wir haben bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme, also mehr oder weniger einstimmig, eine gemeinsame Resolution verabschiedet, die diese Sorgen der Stadtwerke sehr deutlich macht.

Darüber hinaus wird auch die Landesregierung alles tun, um mit den Erzeugern, den Beschäftig-

ten, allen beteiligten Gruppen und Verbänden zu sprechen, die langfristige Rolle erneuerbarer Energien ebenso wie die effiziente Kohleverstromung im Energiemix auf einer seriösen Grundlage in einem fairen öffentlichen Dialog zu diskutieren und dann zu entscheiden. Noch einmal sei an den Anfang erinnert: Nordrhein-Westfalen ist Industrieland und Energieland. Durch die Entscheidung der Bundesregierung steht viel – ich denke: zu viel – auf dem Spiel. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Voigtsberger hat angekündigt, sachlich zu sein. Im Ton hat er das auch durchgehalten. Gleichwohl muss man sich mit dem einen oder anderen auseinandersetzen.

Sie argumentieren mit Verlässlichkeit. Wir kommen gleich noch zu einem Tagesordnungspunkt, unter dem wir diese Verlässlichkeit prüfen werden.

Das Thema „Geheimvereinbarung“ ist mehrfach genannt worden. Es war von „schmutziger Deal“ und „Geheimdeal“ die Rede. Es war seit Wochen klar, dass es einen Fonds geben würde, mit dem man regelt, dass man die Mehreinnahmen abschöpft. Es war immer klar, dass man das über einen Vertrag macht. Der Vertrag ist so geheim, dass ich ihn sogar hier habe und jedem zur Lektüre anempfehle. Der Vertrag war wenige Stunden später im Internet verfügbar.

Zum Thema „Zustimmung des Bundesrates“: Dies ist bei den Juristen umstritten; das ist wahr. Ich habe in meiner juristischen Ausbildung gelernt: Zur Sicherheit guckt man am besten einmal auf das höchste Gericht, das Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht hat zum Thema „Luftsicherheitsgesetz“ in dieser Frage entschieden: Solange die Aufgaben der Länder lediglich quantitativ verlängert werden, besteht keine Zustimmungspflicht der Länder, jedenfalls dann nicht, wenn es sich nicht um eine ganz außergewöhnlich, überdurchschnittlich lange Verlängerung handelt.

Genau über diese Rechtsbegriffe muss man jetzt reden. Ist das ein solcher Fall oder nicht? Die überwiegende Mehrzahl der befragten Gutachter hat sich entschieden, dass das nicht so sei.

Herr Markert und Herr Aggelidis – der jetzt nicht da ist –, ich wollte Ihnen meinen Respekt ganz ernsthaft für Ihr politisches Erweckungserlebnis bezeugen. Es unterscheidet die verschiedenen Generationen, wie man in die Politik einsteigt. Meistens gibt es im Heranwachsendenalter ein solches Er-

lebnis. In Ihrer Generation war das für viele – im Übrigen auch in meiner Familie – die Atompolitik. Für mich wie für viele in meiner Generation war es die deutsche Einheit. Wir alle müssen aufpassen, dass wir uns einerseits den Zauber dieser Faszination in allen alltäglichen Debatten bewahren. Dass andererseits daraus keine Lebenslügen werden, gilt für alle mit ihren politischen Erweckungserlebnissen.

Gleich reden wir über Kohle, jetzt über Atom. Bei beidem sind die Grünen äußerst skeptisch. Sie wissen ganz genau, dass wir so schnell, wie Sie das wollen, aus beiden Technologien nicht aussteigen können, ohne in Zukunft wahrscheinlich noch Atomstrom aus Frankreich oder dem ehemaligen Ostblock importieren zu müssen. Das ist ein Stückweit genau der Grenzgang zwischen dem politischen Erweckungserlebnis, das man im Herzen trägt, und der Lebenslüge.

Zu den Themen „schmutziger Deal“ und „Sicherheit“ ist etwas gesagt worden. Häufig – das ist hier nicht gemacht worden, will ich redlich dazusagen – wird argumentiert, die zusätzlichen Investitionen seien auf 500 Millionen € gedeckelt. Das ist nicht der Fall. Durch die Struktur von Gesetz und Vereinbarung ist sichergestellt, dass bis hin zum größtmöglichen Sicherheitsstandard investiert wird, dass am Ende alles über 500 Millionen € aus dem Fonds genommen bzw. weniger eingezahlt werden. Sicherheit geht vor Gewinn und Sicherheit geht auch vor Staatseinnahmen. So ist die Struktur dieses Kompromisses angelegt. Lesen Sie es nach! So ist die Geschichte.

Nächster Punkt: Milliardengewinne.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau!)

Die Struktur des Gesetzes sichert: 58 % der zusätzlichen Gewinne werden durch die Körperschaftsteuer und den Fonds abgeschöpft. Frau Kanzlerin Merkel hat in meinem Beisein am vergangenen Montag zugesichert, dass sie bereit ist, mit den Ländern darüber zu reden, sie daran zu beteiligen.

Es täte der Landesregierung gut, dagegen nicht mit großem Tohuwabohu anzurennen, sondern vielleicht ein bisschen clever zu agieren und – obwohl wir kein Atomkraftwerk haben – zu versuchen, von den zusätzlichen Einnahmen etwas für unsere Projekte abzubekommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Minister Johannes Remmel: Judaslohn!)

Zum Thema „Milliardengeschenke“ kann man auf die Aktienkurse gucken. E.ON und RWE sind eingebrochen. EnBW ist eingebrochen. Als ehemaliger Haushälter weiß ich, dass wir die Analysten von Fitch nicht mehr so gerne zitieren, wage es aber noch einmal. Der bei Fitch für die Versorger zuständige Analyst sagt: E.ON, RWE und EnBW dürften zusätzliche Sparprogramme auflegen, Dividenden kürzen und

Investitionen zurückfahren. Da diese Möglichkeiten aber begrenzt seien, könnten extremere Maßnahmen wie etwa Teilverkäufe oder Kapitalspritzen in Erwägung gezogen werden. – Das hört sich für mich nicht wie die ganz große Sause und ganz große Party an, meine Damen, meine Herren.

Zum Thema „Geld“ noch ein kleiner Zusatz. Bei der Diskussion über die Preise kam die Linkspartei eben mit den kleinen Leuten, mit denen sich keiner auseinandersetzt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die zahlen die Zeche!)

– Es ist heute schon so, dass die Zeche für das Energieeinspeisegesetz in Höhe von 100 € pro Jahr bezahlt wird. Es geht um 100 € pro Jahr bei einem Einpersonenhaushalt, einem alleinstehenden Rentner. Insofern sollten auch Sie einmal darüber nachdenken, wie das mit den Preisen ist und ob es nicht gut tut, an der Stelle ein bisschen auf die Bremse zu treten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die zocken weiter!)

Zur Endlagerfrage. Zweifelsfrei ist das ein Riesensproblem. Dieses Problem entsteht aber nicht durch diesen Energiekompromiss und dieses Konzept. Wenn Sie an dem Tag ausgestiegen wären, an dem Sie Ihren Deal mit den Atomkraftwerken gemacht haben, hätten Sie auch keine Lösung für das Endlager gehabt. Aber anstatt weiterzudenken hat Herr Trittin dafür gesorgt, dass das Denken verboten war.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Jetzt ist Denken wieder erlaubt. Norbert Röttgen hat eine vorbehaltlose Überprüfung aller Möglichkeiten zugesagt.

Stadtwerke – letzter Punkt.

Erstens. Die Stadtwerke sind verschieden. Herr Kollege Lienenkämper hat es gesagt.

Zweitens. Es gibt übrigens auch Stadtwerke, die Atomenergie betreiben. Die Stadtwerke München werden immer als Beispiel herangezogen. Sie sind an Atomkraftanlagen beteiligt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Union und FDP haben sich immer zur Kernenergie bekannt. Wer also argumentiert, der Vertrauensschutz sei verletzt worden, der begeht eine Fehleinschätzung.

Die abgeschöpften Mittel fließen nach derzeitiger Beschlusslage in den allgemeinen Bundeshaushalt. Davon haben die Stadtwerke nicht profitiert. Durch das Gesetz und den Vertrag profitieren jetzt die Stadtwerke und die erneuerbaren Energien.

Drittens. Viele von uns sind auch Kommunalpolitiker. Es kann doch nicht sein, dass wir alle für mehr Wettbewerb sind und dann eine Gruppe – im Zweifel die,

die bei uns über die stärkste Lobby verfügt – in dem Moment, in dem es ihnen nicht mehr passt, sagt: Diese Art von Wettbewerb haben wir nicht gewollt. Wir haben lieber etwas höhere Preise und leben dann ein bisschen besser. – Das muss man einmal in aller Klarheit sagen. Die Stadtwerke möchten höhere Preise für die Wirtschaft und die Verbraucher. Das ist mit uns nicht zu machen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Als Nächstes hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mit dem Märchen des klimafreundlichen Atomstroms aufräume und einen Blick auf den Emissionshandel richte, möchte ich ein paar Anmerkungen zu den gerade gemachten Ausführungen machen.

Ja, der Umbau des Energieversorgungssystems ist eine Kraftanstrengung. Herr Pinkwart, Sie sprechen davon, das rettende Ufer erreichen zu wollen. Ich möchte das rettende Ufer nicht auf einem Castor-Transporter erreichen.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte es auf Technologien erreichen, die für unsere Kinder und Enkel sinnvoll sind. Sie behaupten, die Landesregierung werde blind klagen. – Ich traue meiner Ministerpräsidentin zu, dass sie die Augen offen hat. Sie war im Land und weiß, dass die Neuausrichtung im Bereich der Klima- und Umwelttechnik mit dem Fortschrittsmotor Klimaschutz einhergeht. Das ist eine Politik für den Mittelstand und die Menschen mit den niedrigen Strompreisen, von denen Sie gerade gesprochen haben.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Herr Pinkwart, hören Sie einmal zu.

Sie brauchen bei all dem Vertrauen und Akzeptanz. Das müssen Sie in der gesamten Bevölkerung erreichen. Die Landesregierung traut den Beteiligten – den Mittelständlern, dem virtuellen Kraftwerk in Unna, der Firma Eickhoff in Bochum – diese Innovation zu. Sie nicht. Sie setzen auf früher und auf ein „von gestern“.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Rahmen der gestrigen Debatte um die Umweltzone haben wir ganz deutlich gemacht, dass Planungssicherheit auch für Mittelständler das A und O in diesem Politikbereich ist.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Herr Pinkwart, Sie waren bei der Klimadebatte damals nicht dabei. Um die Menschen mitzunehmen,

haben SPD und Grüne eine Klimaschutzstrategie mit realistischen Zielen entwickelt. Ihre 33 % sind durch Ihre Torpedierung der Windkraft, der Biomasse und der Fotovoltaik nie erreicht worden. Sie sind im Jahr 2005 mit dem Ziel gestartet, 33 % CO₂ einzusparen. Sie sind aus Ihrer Wahlperiode aber mit 8 Millionen t mehr herausgegangen. Das sind die Fakten. Wir sind bei den erneuerbaren Energien im Bundesvergleich auf Platz 12 gelandet,

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

weil Sie die Technologien vernachlässigt und Investoren aus dem Land vertrieben haben. Vor dem Hintergrund warne ich davor, sich auf ein epochales und weltweit einzigartiges Energiekonzept zurückzuziehen, Herr Lienenkämper. Das gab es in unserem Land definitiv nicht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben deutlich gemacht, dass wir Vertrauen brauchen, und davon gesprochen, Vertrauen würde aufgebaut. Vertrauen wird nicht im Hinterzimmer des Kanzleramtes aufgebaut, sondern in transparenten Prozessen. Das Kanzleramt wird ohne Atomstrom beliefert. Wenn Sie hier auf die vier Glühbirnen hinweisen, frage ich mich wirklich, wo Sie denn sind, Herr Pinkwart.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es wurde gesagt: Wir geben ja Geld für die Sicherheit aus; das kriegen wir alles hin. – Sie müssen ehrlicherweise aber hinzufügen: Wenn die Ausgaben für die Sicherheit ein bestimmtes Maß überschreiten, wird ein Nachlass bei der Forderung nach dem Einsatz erneuerbarer Energien gegeben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist genau das Gleiche, als würden Sie einem Kfz-Inhaber sagen, rüste deine Bremsen nach Recht und Gesetz nach, dann bekommst du 10 l Benzin gratis. – Das ist nicht dazu angetan, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu schaffen, das wir brauchen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Endlagerfrage ist die Frage, die die Menschen überall im Land umtreibt. Wir müssen diese Frage lösen. Der zuständige Bundestagsausschuss war gestern in Gorbelen. Wenn ich der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern folgen darf, wurde der Leiter des Bundesamtes für Strahlenschutz auf Wunsch von CDU und FDP eingeladen. Ich frage mich wirklich, wie weit Sie Ihr Verständnis mit staatlichem Handeln in Einklang bringen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben auf den Industriestandort Nordrhein-Westfalen und auf den Emissionshandel hingewiesen. Ihr Entschließungsantrag von heute Morgen

bezieht sich auf den Emissionshandel. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass Herr Römer und ich hier vermöbelt wurden, weil wir für den Emissionshandel waren. Sie wollen ihn heute Morgen durch den Entschließungsantrag einführen und die Mittel daraus für regenerative Energien nutzen. Das ist schon eine interessante Wendung.

Wenn man sich das Szenario genau ansieht, dann sind die Laufzeitverlängerung von Kraftwerken und der Emissionshandel wichtige Grundlagen. Sie machen deutlich, dass die Emissionen gleich bleiben, wenn wir die Kraftwerke länger laufen lassen. Sie sind gedeckelt. Das haben Sie damals schon nicht verstanden. Das ist auch heute so. Die Strommenge bleibt gleich.

Die Erneuerung von Kraftwerken, die wir in Nordrhein-Westfalen dringend brauchen, um ein effizientes Klimaschutzziel zu vereinbaren, wird so unterbleiben, weil die alten Hündchen am Netz bleiben. Dabei bleiben wir weiterhin. Vor diesem Hintergrund ist die Verlängerung der Restlaufzeiten gerade mit Blick auf die Erneuerung des Kraftwerksparks in Nordrhein-Westfalen kontraproduktiv.

Schauen wir uns noch einmal die Energieeffizienz an, die Sie hier erwähnen. Zum Anfang Ihrer Legislaturperiode musste die Effizienzagentur personell bluten. Da findet aber die Beratung der Menschen vor Ort statt, damit diese sich effizient verhalten können.

Unsere Antwort ist klar. Die Kanzlerin hat von einer Energierevolution gesprochen. Ich würde sagen, es war ihr persönliches Waterloo, was sie da erreicht hat.

Das kann für Nordrhein-Westfalen nicht unser Ziel sein. Wir wollen den Umbau hin zum Klimaschutz mit den Menschen und mit der Industrie gestalten, damit wir vernünftig und nicht auf einem Castor-Transport in die Zukunft gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Brems.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Lienenkämper, Herr Wüst – sie sind auch schon wieder aus dem Saal gegangen.

(Ralf Witzel [FDP]: Hier sitzt er doch in der ersten Reihe! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Den übersieht man schon einmal!)

– Ach, Herr Lienenkämper, da sitzen Sie! – Herr Pinkwart, bei Ihrem Entschließungsantrag musste ich an Neuseeland denken. Dort gibt es nämlich im Urwald eine Brücke. Und diese Brücke heißt „Bridge to Nowhere“, also Brücke ins Nirgendwo. Sie heißt so, weil vor ihr und hinter ihr keine Straße ist, son-

dem nur Urwald. Und diese massive Betonbrücke ist eine Touristenattraktion, weil sie mitten in der Natur unnütz, überflüssig und vollkommen deplatziert erscheint und ohne Erklärung nicht klar ist, wofür sie überhaupt gebraucht wird.

An diese „Bridge to Nowhere“ musste ich denken, weil auch die schwarz-gelbe Brücke in der Kernenergie unnütz, überflüssig und deplatziert und auch nicht erkennbar ist, wofür sie überhaupt gebraucht wird. Die Stromlücke, die Sie immer wieder gern heranziehen, ist nämlich ein ganz schlechtes Märchen.

(Beifall von den GRÜNEN sowie vereinzelt von der SPD)

„Die Menschen und die Unternehmen haben einen Anspruch auf Verlässlichkeit und Planungssicherheit.“ Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, mit dieser Aussage aus Ihrem Entschließungsantrag haben Sie absolut recht. Die Menschen in Deutschland haben sich auf den Atomkonsens ebenso verlassen wie die Unternehmen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein! – Zuruf von der CDU: Nein!)

Die Bundesregierung schafft vielleicht eine Verlässlichkeit für vier große Energiekonzerne. Gleichzeitig hat sie aber die Stadtwerke – das sind allein in Nordrhein-Westfalen 230 – vollkommen außer Acht gelassen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Von dort bekommen Sie nun massiven Gegenwind. Die Planungssicherheit für deren Investitionen ist dahin. Liebe CDU und liebe FDP, Sie können nicht behaupten, dass in den Chefetagen der Stadtwerke nur grüne Ideologen sitzen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Doch, das tun sie!)

Ihr Antrag strotzt mal wieder nur so von Widersprüchen. Sie fordern Verlässlichkeit für Investitionsentscheidungen und verursachen Unsicherheit und nicht zuletzt Massenproteste.

Zu guter Letzt kreiden Sie an, dass die CO₂-Einsparziele der rot-grünen Regierung hinter den Zielen Ihrer abgewählten Regierung zurückbleiben.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Ich erkläre Ihnen das gerne, Herr Lienenkämper. Das ist so, weil nun Ehrlichkeit regiert und keine Augenwischerei mehr.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von der CDU: Ho!)

Die Ziele der abgewählten Landesregierung klangen gut, waren aber mit keinerlei Maßnahmen hinterlegt, die diese Ziele erreichbar machten.

(Zustimmung von Arndt Klocke [GRÜNE] – Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Die neue Landesregierung dagegen hat konkrete Maßnahmen vor und weiß, welche Anstrengungen vom Industrieland Nordrhein-Westfalen aufgebracht werden können und welche Ziele realistisch und ehrlich sind.

(Beifall von den GRÜNEN – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Dann beteiligen Sie sich doch an Konzepten!)

Die Zeit für Märchen, Glaubensbekenntnisse und Ideologien ist vorbei.

(Zurufe von der FDP)

Es ist Zeit für harte Fakten. Es ist Zeit, dass Sie erkennen, dass Geschenke an die Atomkonzerne nur denen etwas bringen und den Ausbau der erneuerbaren Energien verhindern. Es ist Zeit zu erkennen, dass die Entwicklung der erneuerbaren Energien eine absolute Erfolgsgeschichte und keine grüne Spinnerei ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist richtig!)

Lieber Herr Wüst, es ist Zeit zu erkennen, dass das Festhalten an Kohle und Atom die Lebenslüge ist und nicht die Erkenntnis, dass 100 % erneuerbare Energien möglich sind. Wenn wir ehrlich sind, bringt Ihre Laufzeitverlängerung weder mehr Sicherheit noch mehr Klimaschutz oder mehr Wettbewerbsfähigkeit. Sie dient einzig und allein den Interessen von vier Energieversorgern. Und darum verurteile ich diesen Schritt aufs Schärfste.

Und nicht nur morgen in Berlin wird sich zeigen, dass ich mit dieser Meinung nicht alleine bin.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD sowie vereinzelt von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Da die Redezeit der FDP bereits mit dem ersten Redebeitrag vollständig ausgeschöpft wurde, hat jetzt Herr Sagel für die Fraktion Die Linke das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (LINKE): Es ist ja schön, dass die FDP hier nichts mehr zu sagen hat. Das finde ich schon einmal ganz gut. Da sind wir schon einmal auf einem guten Weg.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 30 Jahre ist die Ausrufung der Republik „Freies Wendland“ nun her. Ein Atommüllendlager haben wir in der Bundesrepublik Deutschland immer noch nicht. Immerhin war der Widerstand an der Stelle erfolgreich.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Wir haben es auch geschafft – 1978 war ich das erste Mal auf einer Demonstration in Kalkar –, den

Schnellen Brüter, den wir damals „Schneller Töter“ genannt haben, abzuschaffen bzw. gar nicht erst richtig in Betrieb gehen zu lassen. Auch das hat die Antiatombewegung geschafft. Die Grünen gab es damals übrigens noch nicht.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Was haben Sie immer dazwischenzureden, Herr Pinkwart? Wollen Sie mir eine Frage stellen, oder wollen Sie Redezeit, die Sie nicht mehr haben, auf diese Weise bekommen?

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen: Sie sollten ganz ruhig sein; denn das, was Sie gerade hier wieder machen, ist ein typisches Beispiel für gekaufte Politik. Und damit haben Sie als FDP wirklich große Erfahrungen. Dieser durchgezockte Geheimdeal, der hier gelaufen ist, ist dafür ein typisches Beispiel; denn man weiß ja auch, wer Sponsorengelder immer wieder in Ihre Parteikassen spült. Es sind neben den Hotelketten in erster Linie die großen Energiekonzerne,

(Beifall von der LINKEN)

die mit Ihrer Partei in Verbindung gebracht werden. Das ist die Realität.

Bei der CDU ist es nicht viel anders. Wenn man sich die Sponsoren bei CDU-Parteitagen anschaut – insofern ist es wunderbar, dass ausgerechnet Herr Wüst zu diesem Punkt hier redet –, wird erkennbar, wie nahe da die Verbindungen zur gekauften Politik sind.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Es ist aber auch – das muss man so deutlich sagen – leider ein Versäumnis der damaligen rot-grünen Bundesregierung gewesen, diesen Atomkonsens – wir haben immer gesagt: Konsens ist Nonsense – so wasserdicht zu machen und festzuzurren, dass er nicht wieder aufgeschnürt werden kann. Genau das war damals nämlich die Befürchtung, dass, sobald ein Regierungswechsel kommt, diese Endlosdebatte über die Nutzung der Atomenergie weitergeht. Genau das ist jetzt passiert. Wir werden vermutlich in Deutschland auf lange Sicht Atomkraftwerke in Betrieb haben.

Es ist dringend notwendig, zumindest in Nordrhein-Westfalen Konsequenzen zu ziehen. Ich habe mit Interesse gehört, dass von Rot-Grün gerade erklärt worden ist, Ahaus und Gronau ein Ende bereiten zu wollen. Das wäre immerhin ein Fortschritt, wenn zumindest in Nordrhein-Westfalen die Atomenergienutzung ein Ende findet.

Ansonsten ist nur festzustellen: Wir erleben erneut, dass die großen Stromkonzerne mit Milliardensummen – mindestens 57,7 Milliarden € Zusatzeinnahmen – profitieren. Bei steigenden Strompreisen könnte dieser Wert sogar auf 95 Milliar-

den € steigen. Mit diesen Realitäten haben wir es zu tun.

Außerdem erleben wir, dass die Laufzeit der Atomkraftwerke unbegrenzt verlängert wird. Wir wissen nicht, wann der Ausstieg stattfinden wird.

Diesen Punkten müssen Sie sich stellen. Wenn ich von Ihnen höre, dass Sie ein zukunftsweisendes Energiekonzept haben, kann ich nur lachen. Wenn ich mir anschau, was Sie in den letzten fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen gemacht haben: neue Kohlekraftwerke, Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Das ist Ihre Politik gewesen. Ich setze gewisse Hoffnungen auf Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen und bin sehr gespannt, ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden. Von Berlin ist mit Sicherheit nichts zu erwarten.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als Nächster spricht für die Landesregierung Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte um das Energiekonzept der Bundesregierung ist aus den Angeln geraten. Sie ist gar keine Debatte über das Energiekonzept, sondern letztlich eine Debatte über die Laufzeitverlängerung.

Es ist klar, dass die Position der Landesregierung gegenüber der Atomwirtschaft ausgesprochen kritisch ist, insbesondere auch, was die atomaren Elemente, Teile der Brennstoffkette, in Nordrhein-Westfalen betrifft.

Es ist auch klar, dass wir alles tun wollen, um weitere Atomtransporte zu vermeiden.

Es ist auch klar, dass im Kern unseres Interesses der Strahlen- und Gesundheitsschutz der Bevölkerung; er steht an erster Stelle.

Aber warum ist die Debatte aus den Angeln geraten? Zu der zentralen Frage der Sicherheit vor allem des Endlagers macht die Bundesregierung überhaupt keine Aussage.

(Beifall von den GRÜNEN – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Man steht doch staunend davor, und zu dieser zentralen Frage ...

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Zu Endlager habe ich nichts gehört, keine einzige Aussage der Bundesregierung, wie es mit der Endlagerfrage weitergeht,

(Beifall von den GRÜNEN)

keine Zielführung, sondern stattdessen Laufzeitverlängerung auf Kosten der Sicherheit und der Bevölkerung!

Herr Prof. Pinkwart, es war schon imposant, wie Sie und Herr Lienenkämper eben quasi sirenengleich das Hohelied auf die Zukunft der erneuerbaren Energien gesungen haben. Sirenengleich aufzutreten passt nur in keiner Weise mit der Politik zusammen, die Sie hier fünf Jahre vertreten haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das macht mich schon misstrauisch, was das der Bevölkerung sagen soll: erst fünf Jahre eine Politik in eine andere Richtung betreiben und dann verkaufen, da liege die Zukunft. Das geht nicht zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber lassen Sie uns einen Moment annehmen, wir wären uns einig in der Meinung: Umwelttechnologien, erneuerbare Energien, Effizienztechnologien, Energieeinsparungen, das sind die Leitmärkte der Zukunft. Im Übrigen ist im Erneuerbaren-Energien-Gesetz auch ein Vorrang für erneuerbare Energien festgelegt. Lassen Sie uns das mal einen Moment annehmen.

Dann können wir uns vielleicht auch auf eine Zahl der Bundesregierung verständigen. Das ist nicht unsere Zahl, das ist nicht unsere Prognose, auch keine rot-grüne Prognose, sondern die Bundesregierung selbst geht im Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien, der nach Brüssel gemeldet worden ist, davon aus, dass 2020 38,6 % des Stroms aus erneuerbaren Energien stammt. Lassen Sie uns von dieser Zahl ausgehen: 2020 gut 40 % Strom aus erneuerbaren Energien.

Was heißt denn das für die Netzstruktur? Was heißt denn das für Speicher? Sie haben es selbst angesprochen.

Wir werden im Jahre 2020 – ich glaube, wir können das noch steigern – Tage, Stunden am Tag, vielleicht ganze Tage, Wochen, vielleicht sogar Monate haben, wo nur erneuerbare Energien im Netz sind. Wir hatten diese Situation übrigens im letzten Jahr schon.

Was heißt das denn für eine entsprechende Struktur, die darauf aufgesetzt werden muss? Wir brauchen dann andere Netze, neue Netze. Wir brauchen Smart Grids. Wir brauchen neue Netztechnologien. Wir brauchen aber auch andere Kraftwerke, eine andere Kraftwerksstruktur – klein, dezentral –, die genau daran angepasst ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Zukunfts- und Gestaltungsaufgabe, der wir uns stellen müssen. Das ist die zentrale Frage – auch für Nordrhein-Westfalen. Darauf geben Sie keine Antwort. Die großen Kraftwerke, die großen Kohlekraftwerke und die großen Atomkraftwerke, passen nicht in diese Struktur.

(Beifall von den GRÜNEN und von Michael Aggelidis [LINKE])

Deshalb ist das nicht nur eine Frage zwischen Ökologie und Ökonomie. Für mich ist das eine Frage der industriepolitischen Zukunft von Nordrhein-Westfalen.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Und es ist eine Frage des Standorts und der Standortinteressen. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, vernachlässigen Sie völlig, welche Entwicklung Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren genommen hat – trotz Ihrer Politik, die sich eigentlich gegen eine solche Entwicklung gerichtet hat.

Was ist denn mit den kleinen und mittleren Unternehmen? Was ist denn mit den Stadtwerken? Was ist denn mit kleiner, dezentraler, in Nordrhein-Westfalen entwickelter Kraftwerkstechnik? Was ist mit unserer Bauwirtschaft? Was ist mit den Wohnungsunternehmen? Was ist mit dem Anlagen- und Maschinenbau? Was ist mit der nordrhein-westfälischen Zuliefererindustrie für erneuerbare Energien? Es sind originäre Standortinteressen, die mit der Frage nach der Zukunft der Energieversorgung verbunden sind,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

und da sind Sie nicht auf der Seite der Zukunft in Nordrhein-Westfalen, sondern auf der Seite der Vergangenheit.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Warum spielen Sie die Sachen gegeneinander aus?)

– Es geht nicht ums Ausspielen; es geht um eine Richtungsentscheidung, Herr Pinkwart. Es geht um eine klare Richtungsentscheidung,

(Beifall von den GRÜNEN)

wohin die Entwicklung weisen wird: in die Zukunft oder in die Vergangenheit. Diese Frage beantworten Sie in Richtung Vergangenheit. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der für die demokratische Verfasstheit unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist. Wir leben in einem föderalen Land. Was passiert zurzeit? Zurzeit passiert ein kalter Staatsstreich. Es wird versucht, die Bundesländer aus diesem Verfahren herauszuhalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Es ist dasselbe Verfahren wie bei Ihrem Atomausstieg! – Weitere Zurufe von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP] und Dietmar Brockes [FDP])

Da erwarte ich von Ihnen, dass sie an dieser Stelle die Interessen der Bundesländer vertreten. Herr Kubicki in Schleswig-Holstein ist da etwas anders

sortiert als Sie. Ich würde mir an dieser Stelle mehr Kubicki und weniger Pinkwart wünschen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn es geht jenseits der Rechtsfrage auch um die Interessen der Bundesländer.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Ja, Herr Pinkwart, ich will das bitte ausführen. Es geht an dieser Stelle um die Interessen der Bundesländer.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Dann bringen Sie sich doch mehr ein!)

Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam die Frage beantworten: Where is the beef? Wo liegt der Mehrwert? Die norddeutschen Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben – deshalb sind die, was diese Frage angeht, auch ganz schön still – ein Interesse am weiteren Ausbau der Windenergie. Da haben wir die ostdeutschen Länder; die haben ein weiteres Interesse am Ausbau der Fotovoltaik. Da haben wir Bayern und Baden-Württemberg, die weiterhin kräftig in Richtung Atomkraft marschieren. Und wir in Nordrhein-Westfalen müssen doch unsere Interessen formulieren:

(Beifall von den GRÜNEN)

aus dem Maschinenbau, aus dem Anlagenbau, aus der Sicht der Kommunen, aus der Sicht der Gebäudewirtschaft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da erwarte ich, dass Sie unsere Interessen entsprechend vertreten.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Aber bringen sie die doch mal ein!)

Also, es geht am Ende des Tages auch um die Frage der rechtlichen Absicherung des Föderalismus. Es kann nicht angehen, dass die Bundesregierung die Bundesländer außen vor hält.

Wir haben deshalb mit anderen Landesregierungen gemeinsam – das ist die Mehrheit im Bundesrat – die Initiative ergriffen, und wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, zu verhindern,

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben zusammen weniger als wir!)

dass die Rechte der Bundesländer – ich erwarte Sie zu der Frage an unserer Seite – eingeschränkt werden. Um diesen Weg der Bundesregierung zu verhindern, werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten bis hin zum Verfassungsgericht ausschöpfen. Ich glaube, am Ende des Tages können wir festhalten, dass man sieht, von was so was kommt.

Die Landtagswahl in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen war der Anfang vom Ende von Schwarz-Gelb in Berlin. Aber das kann man auch mit der Debatte um die Atomzukunft zusammenbringen.

(Zurufe von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP] und Dietmar Brockes [FDP])

Seitdem ist klar, dass die Bundesregierung im Bundesrat in dieser zentralen Frage für die Entwicklung unserer industriepolitischen Zukunft keine Mehrheit hat. An dieser Frage werden sich auch in Zukunft Mehrheit und Minderheit in diesem Land zu messen haben. Darum werden wir streiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Ich möchte die Fraktionen darauf aufmerksam machen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1:42 Minuten überschritten hat. Werden die Fraktionen noch das Wort wünschen? – Das ist nicht der Fall. Dann **schließe** ich hiermit die Debatte um die Beratung der beiden vorliegenden Anträge und gleichzeitig die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/129**. Die antragstellende Fraktion hat um direkte Abstimmung gebeten, die wir jetzt durchführen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei Zustimmung durch die Fraktion Die Linke, Ablehnung durch die Fraktionen von CDU und FDP und Stimmenthaltung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/142**. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, hier empfiehlt Ihnen der Ältestenrat die **Überweisung** des entsprechenden Antrags **einschließlich** des vorliegenden **Entschließungsantrags** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 15/193** federführend an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** und mitberatend an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir in die entsprechenden Ausschüsse überwiesen und verlassen den Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf:

3 Modernisierung des Kraftwerkparks fortsetzen, Bau des Kraftwerks Datteln IV vollenden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/69